

Stans, 16.03.2010

Fon 041 610 90 25
sekretariat@gruenenidwalden.ch
www.gruenenidwalden.ch

Medienmitteilung

Grüne Nidwalden fordern: Keine weiteren Steuergeschenke an Vermögende und an Kapitalgesellschaften

Die Grünen Nidwalden fordern den vorläufigen Verzicht auf die Steuergesetzrevision 2011. Die Kosten sind mit 50 Mio. Franken viel zu hoch. Zudem ist als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise die Kompensation der Steuerausfälle sehr unsicher.

Lagen die Steuerausfälle früherer Steuergesetzrevisionen noch bei 5 – 10 Millionen Franken, so betragen sie bei der Revision 2011 satte 23 Millionen Franken. Das zeigt, dass sich die Spirale des Steuerwettbewerbs immer weiter und schneller dreht. Konkret heisst das, noch mehr Steuergeschenke an Reiche und Kapitalgesellschaften mit dem erklärten Ziel, das Steuersubstrat im Kanton zu erhöhen. Das erhoffte Steuersubstrat wird aber nicht zusätzlich geschaffen, sondern in andern Kantonen oder Ländern abgezogen. Dass dies gerade auch die umliegenden Länder je länger je weniger tolerieren, können wir täglich in den Medien mit verfolgen.

Keine weiteren Steuergeschenke an Vermögende und Kapitalgesellschaften

Die beabsichtigte Revision sieht vor, dass bis ins Jahr 2015 mehr als die Hälfte des kantonalen Eigenkapitals von rund 100 Millionen Franken vorwiegend für Steuergeschenke an einkommensstarke und vermögende Privatpersonen sowie Kapitalgesellschaften gebraucht wird. Ein sehr hoher Preis und er könnte noch höher ausfallen. Denn, tritt das von der Regierung prognostizierte Wachstum in der Entwicklung der Steuererträge nicht ein, so hat der Kanton weit mehr als 50 Millionen Eigenkapital in den Sand gesetzt.

Diese Finanzkrise wurde ausgelöst durch die Gier nach immer mehr – mehr Umsatz – mehr Gewinn – mehr Boni. Der Steuerwettbewerb funktioniert nach dem gleichen System – immer tiefere Steuersätze, sonst laufen uns die guten Steuerzahler davon, sonst überholen uns die andern Kantone. Die immer rascher aufeinander folgenden Steuergesetzrevisionen zeigen die Beschleunigung dieser Spirale deutlich auf.

Das Prinzip der Steuergerechtigkeit soll wieder gelten

Bei der vom Regierungsrat eingeschlagenen Steuerstrategie gilt schon lange nicht mehr das Prinzip der Steuergerechtigkeit. „Wir wollen, dass jede Person und jedes Unternehmen ihre Steuern nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bezahlt“, fordert Norbert Furrer, Präsident der Grünen Nidwalden.

Für Rückfragen:
Norbert Furrer 079 864 30 89

Die geplante Teilrevision des Steuergesetzes ist nach den Revisionen in den Jahren 2007, 2008 und 2009 die vierte Revision in nur fünf Jahren. Die Revision wurde noch vor der Wirtschaftskrise vorbereitet. Doch die Rahmenbedingungen haben sich stark verändert. Bedingt durch die Wirtschafts- und Finanzkrise und die gestiegene Arbeitslosigkeit ist eine positive Entwicklung der Steuererträge ab 2011 sehr unsicher.